

belter in Adt und Bann getan, um sie durch systematische Aushungerung zu zwingen, zu Kreuze zu kriechen. Erst kürzlich ist wieder ein derartiges Geheimdokument bekannt geworden, durch das der *Arbeitgeberverband deutscher Papier- und Zellstofffabrikanten* seinen Mitgliedern eine Liste von Arbeitern übersandte, die angeblich bei der Firma J. H. Eppen in Winsen a. d. Luhe in den Ausstand getreten sein sollen. Daran ist die Bitte geknüpft, »aus Winsen a. d. Luhe kommende Arbeiter vorläufig nicht einstellen zu wollen«. Dabei handelt es sich nicht um »unbotmäßige Streikende«, sondern um *arbeitsbereite Ausgesperrte*, und die einseitige Darstellung des Konflikts durch den aussperrenden Unternehmer genügt für den Unternehmerverband, 186 Arbeiter mit ihren Familien dem Hunger preiszugeben. Das geschah ohne jede Nachprüfung der Darstellung des Unternehmers, denn diese, die dem Rundschreiben des Verbandes zwecks »Informierung« seiner Mitglieder beigelegt war, ist vom 1. April 1913 datiert, und schon am 2. April 1913 wurden die Urlaubsbriefe versandt!

In welcher Weise die Unternehmer auf den § 153 der Gewerbeordnung pfeifen und »ihre Leute« zum Austritt aus den verhassten Gewerkschaften zwingen, lehrt wieder ein Brief, den die Berliner Ortsverwaltung des Metallarbeiterverbandes von einem Mitgliede erhielt, das kurz vorher seinen Austritt erklärt hatte. Durch den Brief wird mitgeteilt, daß die Austrittserklärung »durch einen gewissen Druck« in Gegenwart des Unternehmers geschrieben werden mußte; »Sie wollen also bitte die befristete Erklärung als Zwangssache ansehen und meine Mitgliedschaft weiter anerkennen.«

Daß auch im gegenwärtigen Kampf im Malergewerbe mit allen terroristischen Mitteln nicht nur auf die ausgesperrte Arbeiterschaft, sondern auch auf die Unternehmer, die nicht mit ausgesperrten eingewirkt wird, verweist sich von selbst. So wollte die Malerzangsinnung in Solingen die Nichterfüllung ihres Beschlusses, alle organisierten Gehilfen auszusperrn, in derselben Weise wie die oben erwähnte Tapeziererinnung mit 20 Mark Strafe belegen. In diesem Falle griff aber einmal die Aufsichtsbehörde ein und hob den Beschluß als unzulässig auf. — In vielen anderen Fällen haben die Zwangsinnungen die Fabrikanten und Kaufleute der Farbenbranche himmelhoch gebeten, sie in der Aussperrung dadurch zu unterstützen, daß sie die Farben- und Materiallieferungen an solche Malermeister, die dem Aussperrungsbeschluß nicht nachkamen, einstellen. Also Terrorismus überall!

Am 16. April waren verschiedene derartige Fälle Gegenstand einer Aussprache im preussischen Abgeordnetenhaus. Und zwar wies der Abgeordnete Giesberts wie folgt auf die Vorkommnisse hin: »Die Zwangsinnungen unterliegen immer mehr dem Einfluß des sogenannten antisozialen Scharfmachertums. Statt Tarifverträge zu fördern, erzwingen sie durch Strafen die Aussperrung der zum Tarifabschluß geneigten Malergehilfen. Hält der Minister solche Strafen für zulässig und die Behörden zu ihrer Zwangsvollstreckung für verpflichtet? Wenn ja, würde sich der Kampf im Malergewerbe außerordentlich verschärfen.« Der Handelsminister Dr. Sydow antwortete darauf: »Dieses Vorgehen der Zwangsinnungen ist mir bekannt, es widerspricht aber zwei Paragraphen der Gewerbeordnung, nämlich der Unbeschränktheit der Arbeitereinstellung und dem Verbot eines Koalitionszwanges, § 152. Die Strafen sind also nicht im Gesetz begründet und es ist das auch nicht dasselbe wie in Magdeburg, wo die Bäckerinnung den Abschluß von Tarifverträgen verbot, die einige im Gesetz nicht begründete Verpflichtungen enthalten sollten.« Zutreffend sagte hierauf der Sozialdemokrat Borchardt: »Ich freue mich über diese Erklärung des Ministers. Des gesetzwidrigen Vorgehens der Zwangsinnung müßte sich aber der Staatsanwalt annehmen. Sofern ein Arbeiter nur entfernt in den Verdacht kommt, gegen § 152

R. G. O. verstoßen zu haben, ist die Staatsanwaltschaft sofort da und die Richter verurteilen ebenso rasch. Unkenntnis des Gesetzes kann den Innungsmeistern auch nicht zugute kommen.«

Daß die Erklärung des Ministers dem Terrorismus der Unternehmer ein Paroli bieten werde, ist natürlich ganz ausgeschlossen. Dazu war sie zu lendenlahm. Solange die Staatsanwaltschaft das Einschreiten gegen diese Unternehmerterroristen umgeht und solange die Gerichte nicht jede Gesetzesverletzung mit derselben Schnelligkeit ahnden, mit der sie in viel weniger schweren Fällen die organisierte Arbeiterschaft bedenken, solange werden die scharfmacherischen Gesetzesverächter weiter terrorisieren und auf die Gesetze pfeifen.

Rundschau.

Die deutsche Ausfuhr graphischer Druck-erzeugnisse nach dem Balkan. Der Balkankrieg hat eine schwere wirtschaftliche Schädigung für die Industrien, die teilweise ihre Produkte nach den Balkanländern ausführen, heraufbeschworen. Dazu gehört auch das Steindruckgewerbe. Eine ganze Reihe von Firmen sind in ihrer Existenz von diesem Export abhängig. Der Krieg hat jeden Handelsverkehr unmöglich gemacht, die Folge ist natürlich Arbeitsmangel und Arbeitslosigkeit. Wir geben in folgendem eine Zusammenstellung von der Ausfuhr der deutschen Farbdruckbilder. Nach der Reichsstatistik betrug sie:

Ausfuhr-land	1911 1910 1909 1908 1907				1911 1910 1909 1908 1907					
	Doppelzentner				Wert in 1000 Mark					
Bulgarien	34	75	69	51	57	15	35	23	20	18
Griechenland	30	22	23	22	14	10	8	11	8	5
Serbien	48	51	40	31	16	15	16	11	10	4
Türkei	202	190	71	131	110	55	41	22	34	42
Rumänien	152	116	168	83	81	44	35	52	28	27
Summa:	466	454	371	318	278	139	135	119	100	96

Die Ansichtskartenausfuhr zeigt folgende Ziffern:

Ausfuhr-land	1911 1910 1909 1908 1907				1911 1910 1909 1908 1907					
	Doppelzentner				Wert in 1000 Mark					
Bulgarien	68	84	52	58	54	34	38	17	23	2
Griechenland	51	77	70	77	87	22	35	28	37	35
Serbien	75	46	46	42	50	43	25	15	17	20
Türkei	152	242	162	142	105	45	58	54	58	42
Rumänien	218	46	162	146	150	43	25	15	17	20
Summa:	564	495	376	365	346	187	181	124	146	119

Diese fünf Jahre zeigen eine steigende Ausfuhr von insgesamt 215 000 Mark auf 326 000 Mark, also 111 000 Mark mehr. Der Krieg währte nun schon über ein halbes Jahr und es wird lange dauern, bis alle volkswirtschaftlichen Schäden wieder behoben sind.

Die deutschen Steindruckereibesitzer halten ihre diesjährigen Verbandstagungen am 4. Mai in Bonn a. Rh., Grand-Hotel Royal, ab. Den Regen eröffnet der Schutzverband, der vormittags 9 Uhr zu seiner ordentlichen Mitglieder-Versammlung zusammentritt, die folgende Tagesordnung zu erledigen hat: 1. Bericht des Vorstandes über das Geschäftsjahr 1912; 2. Kassen- und Vermögensbericht; 3. Entlastung des Vorstandes und Ausschusses; 4. Neuwahl des Vorstandes, Ausschusses, sowie Vorschläge für die Neuwahl des Verbandsschiedsgerichts, Abteilung Schutzverband; 5. Verschiedenes. — Schon um 11 Uhr soll sich dann die ordentliche Mitgliederversammlung des *Fachverbandes* anschließen, deren Tagesordnung mit dem Programm der Schutzverbandstagung fast wörtlich übereinstimmt. — Nach weiteren zwei Stunden, um 1 Uhr nachmittags, soll dann schon die ordentliche Generalversammlung des *Gesamt-Verbandes Deutscher Steindruckereibesitzer* eröffnet werden, deren Tagesordnung wie folgt lautet: 1. Bericht des Vorstandes über die Tätigkeit des Verbandes seit der letzten Generalversammlung; 2. Neuwahl des Verbandsvorstandes, des Ausschusses, sowie der Mitglieder des Verbandsschiedsgerichts; 3. Festsetzung des Ortes der nächsten Generalversammlung; 4. Verschiedenes. — Zu bemerken ist noch, daß der bisherige Geschäftsführer des Gesamtverbandes der Steindruckunternehmer und seiner Abteilung *Fachverband Dr. Stein* aus dieser Tätigkeit ausgeschieden ist. Als neuer Syndikus hat am 1. April d. J. ein Herr *Dr. Gemming* die Geschäftsführung, sowie die verantwortliche Redaktion des Unternehmerorgans »*Deutsches Steindruckgewerbe*« und die Schriftleitung für die Abteilung *Fachverband* übernommen.

Aus den Handelskammerberichten 1912. Düsseldorf. Der Geschäftsgang der Buch- und Steindruckereien kann als gut, zeitweise sogar als recht flott bezeichnet werden. Die *Kunstanstalten*, die sich mit der Herstellung von *Buchdruckklischees* befassen, hatten infolge zahlreicher Aufträge besonders aus der Industrie für Reklamedrucksachen dauernd gute Beschäftigung. Doch waren die Preise der hergestellten Zink- und Kupferautotypen, Strichätzungen und Galvanos ziemlich gedrückt. In Anbetracht der hohen Löhne, die bei adäquater Arbeit gezahlt werden müssen. (Also sogar für die

gedrückten Preise werden von dieser Handelskammer die »hohen Löhne« der Gehilfen verantwortlich gemacht! D. Red.) Beim Anhalten der guten Konjunktur wird auch für das Jahr 1913 ein befriedigendes Geschäftsergebnis zu erwarten sein.

Der Bund der Industriellen, dem auch der »Bund chemographischer Anstalten« angehört, hat kürzlich in seinem *Großen Ausschuß* zu den Wehr- und Deckungsvorlagen, d. h. zu einer rein politischen Angelegenheit, Stellung genommen. Der »Korrespondent« schreibt über diese Tagung: »Aus dem einleitenden Referate des früheren Reichstagsabgeordneten Dr. Stresemann verbleibt als Kernpunkt zu registrieren, daß unter den Unternehmern in der deutschen Industrie eine grundsätzliche Gegnerschaft gegen die so »außergewöhnliche Wehrvorlage« nicht vorhanden ist. Dagegen sind Bedenken vorhanden gegen gewisse staatssozialistische Tendenzen, die darin beständen, daß die Besitzenden für die Allgemeinheit haften müßten. Besonderer Protest wird jedoch dagegen erhoben, daß in der Deckungsvorlage Landwirtschaft und Industrie mit zweierlei Maß gemessen werde, indem für die Landwirtschaft der Ertragswert, für Industrie und Handel aber der sogenannte gemeine Wert (Verkaufswert) als Abgabengrundlage aufgestellt sei. Die Behandlung der Aktiengesellschaften wird als Doppelbesteuerung zurückgewiesen. Der Bund der Industriellen habe sich schon seit Jahren bereit erklärt, eine allgemeine Reichsbesitzsteuer zu tragen, es möge das eine Reichsvermögenssteuer oder eine Reichserbschaftsteuer oder beides zugleich sein. Die Industrie brauche Ruhe; die ewigen Sanierungen beunruhigten sie. Darum müsse das Reich finanziell selbständig gemacht werden. Sehr scharf ging dann noch der frühere Reichstagsabgeordnete Dr. Weber mit den einzelnen Steuervorlagen der Reichsregierung ins Gericht. Er bedauerte, daß der Landwirtschaft dabei wieder eine Extrawurst gebraten werde, die »rote Hand« (d. h. das Kirchenvermögen) verschont bleiben soll und die Bundesfürsten das Vorrecht freiwilliger Abgaben behalten sollen. Es müsse vor allem aber darauf aufgepaßt werden, daß die Banken nicht verpflichtet werden, jedem Steuerbeamten Auskunft über das Vermögen ihrer Kunden geben zu müssen! Alle diese Einwände und Gegenforderungen gegenüber der Deckungsvorlage wurden sodann nach kurzer Debatte in einer langen Resolution als offizieller Standpunkt des Großen Ausschusses vom Bund der Industriellen proklamiert. Daran anschließend wurde noch ein Antrag zum Gesetzentwurf über die Konkurrenzklausele angenommen, wonach die in dem betreffenden Gesetze vorgesehene und durch die zuständige Reichstagskommission noch erweiterte Entscheidung der Angestellten für äußerst drückende Konkurrenzklausele wieder mit allerhand Beschränkungen belastet werden soll. Es ist also zu konstatieren, daß hier eine wirtschaftliche Unternehmerkoalition fest am Werk ist, ihren Einfluß in wichtigen politischen Fragen gegenüber den gesetzgebenden Körperschaften geltend zu machen. Und die Erfahrung hat gelehrt, daß für die große Mehrzahl der Abgeordneten der bürgerlichen Parteien im Reichstage solche Wünsche nicht nur eigene Sache, sondern nur zu oft auch Befehl für ihre Abstammung sind.« — Merkwürdigerweise bringt es der Bund chemographischer Anstalten trotz seiner eigenen Beteiligung an der Beratung rein politischer Angelegenheiten fertig, unsre Stellungnahme zu wichtigen politischen Fragen als eine Verletzung der Neutralität auszuweisen! Er mag erst vor der eignen Türe kehren, wenn ihm wieder einmal unsre Haltung in politischen Dingen nicht gefällt.

Die Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände, die, wie wir in Nr. 15 mitteilten, am 4. und 5. April aus der Verschmelzung der *Hauptstelle* mit dem *Verein Deutscher Arbeitgeberverbände* hervorgegangen ist, hat sich ein Aktionsprogramm gesetzt, das von der »Deutschen Arbeitgeberzeitung« wie folgt skizziert wird: Ein gewaltiger Heerhaufe sei es, der sich unter das Banner der neuen Zentralorganisation schare, in vielen hundert Unternehmerverbänden einen sich mehr denn 60 000 Arbeitgeber nicht nur zum Zwecke der Wahrung ihrer persönlichen Interessen, sondern ebenso zu dem sachgemäßen Förderung des Interesses aller anderen an der deutschen Gütererzeugung irgendwie beteiligten Kreise. Damit will die »Arbeitgeberzeitung« verstanden wissen, daß die neue Scharfmacherorganisation auch das Interesse der Arbeiter wahren wolle, deren große Mehrheit trotz allem nur widerwillig den »Befehlen politisch interessierter oder im Sold der Gewerkschaftsbewegung stehender Führer folgt«. In der Richtung, daß die Arbeiter mit den Unternehmern in Ruhe und Eintracht leben können, werde die »Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände« aller Voraussicht nach »höchst segensreich« zu wirken bereit und imstande sein. Die Scharfmacherorganisation werde nachdrücklich eintreten für den Schutz derer, die an den frivolen Störungen des Arbeitsfortganges nicht teilzunehmen wünschen, sie wird sich bemühen, kraft der ihr beschiedenen Machtmittel »sozial ausgleichend« zu wirken; sie wird den streikmüden Elementen den Weg weisen, auf dem diese zu unbehinderter Entfaltung ihrer Kräfte und zu zweckdienlicher Ausnutzung der vorhandenen Arbeitsmöglichkeiten gelangen können. Ein anderer Programmpunkt besteht darin, die Arbeitsvermittlung in einem der industriellen und gewerblichen Leistungsfähigkeit zuträglichsten

Sinne zu regeln. Und es werde nicht nur in ihrer unverbrüchlichen Absicht, sondern auch im Machtbereich der geeinten Scharfrichterorganisation liegen, in wirksamster Weise dem Verlangen der Gewerkschaften nach völliger Unterjochung der Arbeitgeberchaft entgegenzutreten. — Die Verschmelzung der beiden größten Unternehmerorganisationen ist also vorgenommen worden in der Hoffnung, durch die erreichte größere Macht den Gewerkschaftskampf unterdrücken zu können. Aufgabe der Gewerkschaften wird es sein, die Erfüllung dieser Hoffnung zu vereiteln.

Auf der Internationalen Baufachausstellung in Leipzig 1913 errichtet die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands zur praktischen Veranschaulichung der sozialen Forderungen der Gewerkschaften ein eigenes Gebäude mit Gerüsten für alle bei einem Bau beteiligten Arbeitergruppen sowie Aufzüge für Baumaterialien. Alles dies wird in natürlicher Größe vorgeführt. Das Gebäude geht seiner Herstellung rasch entgegen. Innerhalb des Arbeiterschutzes, der sich fast auf alle Gebiete des gewerblichen Lebens erstreckt und von der organisierten Arbeiterschaft überall dringend gefordert wird, nimmt der Arbeiterschutz auf Bauten eine besondere Stellung ein. Das von den deutschen Gewerkschaften geplante Haus soll ein Mustergebäude werden, an dem die verschiedenen zu einem Bauarbeiterschutz unbedingt nötigen Gerüste aufgeführt werden. Dazu kommen noch muster-gültige Baubuden, Aborte und andre mannigfaltige hygienische und sanitäre Einrichtungen, die die Arbeiter gegen berufliche Krankheiten und Unfälle möglichst schützen sollen. Besonderer Wert ist auf den Schutz vor der so verderblichen Zugluft auf Bauten gelegt worden. Auch statistisches Material über die Bauarbeiterschutzforderungen kann eingesehen werden. Ferner wird eine ganze Reihe von Ventilations-, Heizungs- und Beleuchtungsanlagen und sanitären Vorrichtungen bei plötzlichen Erkrankungen und Unfällen gezeigt. Die Behandlung, die die deutschen Gewerkschaften auf der Internationalen Hygieneausstellung erfahren haben, hat sie nicht entmutigt, auf der Baufachausstellung in Leipzig, die ja gerade den Bauinteressen dienen soll, selbständig und zum erstenmal in Deutschland mit einem eignen Ausstellungsgebäude hervorzutreten. Der ideale Wert dieses Schrittes ist unverkennbar und nur zu begrüßen. Im Anschluß an die Ausstellung in diesem Bau wird ein Bauarbeiterkongreß abgehalten, der die berechtigten Forderungen der Bauarbeiter wesentlich unterstützen und fördern wird.

Zur Ausstellung »Das Kind«, die vom 12. April bis zum 14. Mai im Berliner Zoo stattfindet, schreibt uns ein Kollege: So, nun hätten wie sie, die Ausstellung »Das Kind! Große leuchtende Plakate: Maggi's Suppen, Leibnitz-Cakes, Ausstellung des Warenhauses Tietz usw. (natürlich vom Besten das Beste für Mutter und Kind). Dazu abwechselndes Spiel zweier Musikkapellen und schöne Damen aus Berlin W mit ihren Gens. Man hat so gern von einem Jahrhundert des Kindes gesprochen, jedoch nur das »bürgerliche« Kind gemeint. Für das »proletarische« Kind, das in engen finsternen Mietskasernen haust, wird die Arbeiterschaft den Sonnenaufgang eines neuen Jahrhunderts erst erkämpfen müssen. Dies zeigt auch deutlich die Ausstellung am Zoo. Es wäre zu wünschen, daß recht viele Arbeiterfrauen und Mädchen einmal hinausgingen, sie würden gewiß manche wertvolle Anregung mit nach Hause nehmen. Es würde ihnen aber auch bis in das Innerste hinein weh tun, wenn sie all die schönen Babyausstattungen, die einzelnen Kinderkleidchen und dergleichen mehr sehen würden und doch dabei empfinden müssen, daß alles vom Geldbeutel abhängig ist. Die Ungerechtigkeit der heutigen Gesellschaftsordnung zehrt demonstrativ an ihren Augen vorüber und es wäre zu hoffen und zu wünschen, daß sie das Gesehene verwerten und an der Seite vorwärtsstrebender Menschen mitkämpfen für Verbesserung der sozialen Lage, für bessere Schulen, für bessere Wohnungsverhältnisse. — Der Jugend gehört die Zukunft! Das ist wahr. Und darum sollten wir alle, die es ehrlich mit der Jugend meinen, mithelfen, damit es besser wird. Der Genosse Otto Rühle schreibt am Anfang seines sehr lesenswerten Buches: »Grundfragen der Erziehung« (kleine Bibliothek No. 23. Verlag J. H. W. Dietz Nachf., Stuttgart): »Erziehung ist Fortpflanzung im höheren, vergeistigten Sinne. Etwa nach den Worten Nietzsches: Nicht fort sollt ihr euch pflanzen, sondern höher hinauf!« Diese Worte sollten jeder Arbeiterfrau, jedem Arbeiter als Leitstern dienen.

Deutsch-Französischer Verein zur Förderung des internationalen Reisewesens. Unter diesem Namen wurde neulich in Berlin ein Verein gegründet, der es sich zur Aufgabe gestellt hat, das internationale Reisewesen zu fördern. Als erste Veranstaltung organisiert der Verein zu Pfingsten eine einwöchentliche Sonderreise nach Paris. Die Teilnahme an dieser Reise, deren Bedingungen besonders vorteilhaft sind, ist jedem zugänglich. Mit dieser Veranstaltung will der Verein unter Ausschaltung jedes politischen Gedankens den Beweis erbringen, daß es für beide Nationen eine Notwendigkeit ist, sich besser kennen zu lernen. Auskunft erteilt der Vorsitzende G. Louvrier, Berlin-Charlottenburg, Kaiserdam 17.

Aus dem Auslande.

Belgien. Wie wir in Nr. 11 berichteten, hatte das Nationalkomitee zur Vorbereitung des Generalstreiks der belgischen Arbeiterschaft die Proklamation des Generalstreiks für den 14. April zurückgezogen. Die Zurücknahme erfolgte im Anschluß an eine Konferenz zwischen Arbeitervereitern und den Bürgermeistern der großen belgischen Städte, die beim Ministerpräsidenten zugunsten eines Ausgleichs in der Wahlrechtsfrage vorstellig geworden waren. Sie war die Antwort auf Erklärungen, die eine baldige energische Inangriffnahme und Durchführung der Wahlrechtsreform erwarten ließen. Inzwischen hat sich nun herausgestellt, daß an die ernsthafte Verwirklichung dieser Erklärungen von den belgischen Machthabern nicht gedacht worden ist. Die Versprechungen wurden nicht eingelöst, so daß sich die Arbeiterschaft gezwungen sah, die Waffe des Generalstreiks doch noch zur Durchführung ihres Willens in Anwendung zu bringen. Sie legte am 14. April in Massen die Arbeit nieder. Die Zahl der streikenden Wahlrechtskämpfer beträgt bereits weit über 400000. Die Wirkungen auf das gesamte Wirtschaftsleben bleiben nicht aus, und eher oder später muß es dem Volke gelingen, die Macht der Reaktion zu brechen und ein freies Wahlrecht zu erzwingen. Die Unterdrückten aller Staaten wünschen dem belgischen Proletariat in seinem Ringen vollen Erfolg.

Politische Monatsschau.

Berlin, den 21. April 1913

Die neue Wehrvorlage im Reichstage Extrawurst für die Junker. Kuhhandel des Zentrums. Geschäfte der Nationalliberalen. Blockadehauch der Fortschrittler. Keine Begründung der Wehrvorlage. Aus dem Sumpf der Kriegstreiber. Ein Erfolg der Volksabstimmung 1912.

Sie zieren sich noch, unsere bürgerlichen Parteien, mit Ausnahme der Konservativen natürlich, und wollen die Wehrvorlage noch nicht so ohne weiteres schlucken. Das Bild, das sich in den letzten Wochen wieder einmal im Reichstage vor unseren Augen entrollte, entspricht vollständig dem was wir von unserm durch eine greuliche Wahlkreisgeometrie verschandelten Parlament bei Debatten über Wehrvorlagen gewöhnt sind. Bewilligungsseifer auf der ganzen Linie, ausschließliche der Sozialdemokraten! Allerdings merkte man diesmal nur zu deutlich heraus, daß das bewußte Jubiläumsoffer einen Tropfen Wermuth in dem Wein der Hurra Stimmung bedeutete. Aber darüber tröstet die Herrschaften von der blauen bis zur rosaroten Couleur schließlich die Aussicht auf die Gegenleistungen hinweg, die sie eventuell nach den Heereskampagnen eintausenden können.

Die Herren Junker, dreist und gottesfürchtig wie sie sind, gedenken natürlich das größte Äquivalent einheimen zu können. Sie wissen vor allen Dingen, daß die immer liebevoll mit ihnen umgehende Regierung möglichst Rücksicht bei der Veranlagung zum Milliardenopfer für sie walten lassen wird. In der Deckungsvorlage ist denn auch bereits die Abgabengrundlage für die Landwirtschaft viel günstiger vorgeschlagen, als für Handel und Industrie. Als Bewilligungspreis winkt den Konservativen aber ferner das Fallenlassen der ihnen so verhaßten Reichserbschaftsteuer. Die Vorlage sieht nämlich zur Deckung der laufenden Mehrausgaben von etwa 200 Millionen pro Jahr neben einigen Verkehrssteuern die Erhöhung der Matrikularbeiträge vor. Das dafür notwendige Geld sollen die Bundesstaaten durch eine Regelung der Besitzsteuern aufbringen. Diese Lösung der Erbschaftsteuerfrage kann aber für die Junker gar nicht günstiger sein; bleibt ihnen doch damit die Gesetzemacherei über die Heranziehung der Vermögen zur Steuerlast selbst in ihrer Domäne, dem preussischen Abgeordnetenhaus, überlassen. Was sie dort aus der Erbschaftsteuer machen werden, geht schon daraus hervor, daß von Oldenburg-Januschau in seiner bekannten Offenherzigkeit 1909 auf der Bündelertagung mit Bezug auf das Portemonnaie der Besitzenden sprach. Nicht weniger freimütig äußerte sich im selben Jahre der Junkerführer von Heydebrand, der Herr von Bethmann-Hollweg belehrte, daß die Konservativen eine solche Steuer »nicht in die Hände einer auf dem gleichen Wahlrecht beruhenden parlamentarischen Körperschaft legen wollen, weil es kein Mittel gibt, mit dem auf die Dauer und wirksam es verhindert werden kann, daß die Sätze und Bestimmungen, die jetzt (1909) in der Vorlage stehen, eine Verschärfung erfahren, die schließlich am letzten Ende zur Expropriation des Besitzes führt.« Wenn nun aber gar noch die Kreuzzeitung glaubt, die »vermehrte Einstellung Wehrpflichtiger auch innerpolitisch als nationalen Gewinn buchen« zu können, weil »in der Erziehung der Armee das stärkste und verlässlichste Gegengewicht gegen die revolutionäre Verführung des Volkes zu finden sei«, so ist diese Hoffnung doch etwas gar zu naiv. Das Gegenteil trifft bekanntlich zu.

Vom dem Zentrum sind wir ja auch schon längst gewöhnt, daß es den Heeresforderungen der Regierung keine Schwierigkeiten mehr macht. Ebenso gut ist aber auch bekannt, daß die schwarzen Fische für ihr folgsames Verhalten der Regierung gegenüber, das sich seit der Berufung ihres Führers

Hertling zum bayrischen Ministerpräsidenten noch erheblich gesteigert hat, etwas einzuhandeln suchen. Diesmal ist es vor allen Dingen die Freilassung des Besitzes der toten Hand, des Kirchenvermögens, von der Besteuerung zum Milliardenopfer. Was für die Klerikalen dabei auf dem Spiele steht, kann man ungefähr ermesen, wenn man in Betracht zieht, daß allein das Vermögen des Jesuitenordens auf etwa 800 Millionen geschätzt wird. Nun ist aber immerhin die Situation für das Zentrum brenzlich dadurch, daß nicht nur die Sozialdemokraten die Besteuerung des Kirchenvermögens verlangen werden, sondern daß auch in industriellen Kreisen der gleiche Ruf ertönt. Die Zentrumspresse verlegt sich darum aufs Drohen nach der linken Seite. Sie greift den widersinnigen Vorschlag des Grafen Westarp auf, der eine Besteuerung der in den Gewerkschaften angesammelten Fonds enthält. Mit Recht weist »Die Gewerkschaft« darauf hin, daß sich bisher noch kein christliches Gewerkschaftsblatt dagegen gewendet habe und infolgedessen dieser Plan zu denken gebe. Mit dem Zentrum würde sich schließlich auch eine Mehrheit im Reichstage dafür finden. Das würde aber gerade noch fehlen, um die Empörung der Bevölkerung aufs höchste zu steigern. Denn die Gelder der Gewerkschaften sind ja schon einmal in dem Einkommen jedes einzelnen Arbeiters besteuert, da Gewerkschaftsbeiträge bei der Veranlagung zur Einkommensteuer bekanntlich nicht abzugsfähig sind. Nichtsdestoweniger glauben wir, daß die Sympathie der Zentrumspresse für diesen Steuerwahnwitz nur geheuchelt wird, um die Sozialdemokraten in ihrer Haltung zur Heranziehung der Kirchenvermögen zu beeinflussen. Hat doch das Wackeln des Zentrumsturmes anlässlich der letzten Reichstagswahlen die klerikalen Politiker gelehrt, daß sie den katholischen Arbeitern nicht mehr allzuviel bieten dürfen. Aber das Zentrum hat noch ein anderes Handelsobjekt: die Jesuiten. Vielleicht gelingt es ihm, für die Bereitstellung von Soldaten die Zulassung der Jesuiten bewilligt zu erhalten.

Die Partei Windfahne, deren einer Zipfel beständig nach rechts und der andere zaghaft nach links flattern, während sich das Mittelstück dauernd um seine eigene Achse dreht, wünscht natürlich auch Geschäfte zu machen. Das gelingt ihr allerdings allein insofern, als nach der Bewilligung der Heeresvorlagen die Geldunterstützungen aus der Großindustrie freudiger fließen werden. Aber sie haben noch andere Wünsche, die sie gern realisiert sähen. Mit der Heeresvermehrung sind die Nationalliberalen daher vollkommen einverstanden. Den Wehrbeitrag wollen sie auch leisten; zwar sind sie ungehalten über die Freilassung der toten Hand, die freiwillige Abgabe der Fürsten, die Bevorzugung der Landwirtschaft, die Doppelbesteuerung der Aktiengesellschaften und verschiedenes andere. Aber das ist alles nicht so dringend. Ihr hauptsächlichster Wunsch ist: *Schluss mit der Sozialpolitik.* Wenn sie auch im Reichstage nicht so offen davon sprachen, aus ihrer Presse klingt es um so deutlicher. In direktem Widerspruch mit ihrer Bereitwilligkeit zur Leistung des Wehrbeitrages im Reichstage steht außerdem aber auch die Drohung der nationalliberalen »Kölnischen Zeitung« mit der Abwanderung des mobilen Kapitals nach der neutralen Schweiz, wegen der »in Aussicht stehenden Vermögensabgabe für Heereszwecke«.

Fehlen noch die Fortschrittler, die Bundesgenossen der Sozialdemokraten bei den Stichwahlen vom vergangenen Jahre. Es ist der reine Jammer, wenn eine Partei, die sich fortschrittlich und Volkspartei nennt, so lendenharm hinter den anderen bürgerlichen Parteien herhinkt, hier und da einmal einen kläglichen Ausfall wagend, um dann aber schleunigst entschuldigend zu versichern, daß sie an Opposition ebensowenig denken, wie ihre Freunde zur Rechten. In Herrn Cassel, dem Führer des Berliner Kommunalrats, verkörpert sich die ganze fortschrittliche Politik. Wie dieser Israelit mit nach der deutschen Kirche trottete, um seine patriotische Gesinnung nach oben zu dokumentieren, so verleugnen die Fortschrittler Vergangenheit und Programm, nur um ihre Regierungsfähigkeit zu beweisen, um eventuell als Lohn wieder einmal eine Einladung zur Blockherrlichkeit zu erlangen. »Kraftlose Helden« nennt sie der »Zimmerer«. Ihr Programm verlangt ausdrücklich: »Vermeidung aller nicht unbedingt gebotenen Aufwendungen« für die Armee. Es hätte wirklich nicht viel Kraft dazu gehört, die durchaus unbegründeten Neuforderungen auf grund dieses Programmpunktes einfach abzulehnen. Denn die Begründungen, die der Reichskanzler und der Kriegsminister für die Wehrvorlage gaben, waren eben keine Begründungen.

Und wenn man die Geschichte der Militäraktionen zurückverfolgt, so findet man, daß kein Kanzler bisher auch nur kleinere Heeresforderungen so glatt bewilligt erhielt wie Herr v. Bethmann-Hollweg die vorjährigen, und wie er diese neuen trotz ihr exorbitanten Höhe ohne jegliche stichhaltige Begründung bewilligt erhalten wird. Der Reichskanzler suchte die Notwendigkeit der ungeheuren Aufrüstung damit zu beweisen, daß nach den Veränderungen auf dem Balkan mit der Möglichkeit eines Zusammenstoßes zwischen Germanen- und Slawentum geredet werden müße. Um aber den slawischen Völkern Respekt einzujagen, sei die Heranziehung des letzten Mannes zur Wehrmacht erforderlich. Die beste Garantie für den Frieden sei unser starkes Heer.

Daß der Kanzler nachher seine eigenen Ausführungen interpretieren mußte, ist der beste Beweis, daß er selbst nicht von ihrer Richtigkeit überzeugt war.

Die wirklichen Gründe sind vielmehr bei den Chauvinisten, den Kriegshetzern, dem Wehrverein und den Prozentpatrioten zu suchen. Betreiben die Ersteren ihr Gewerbe zum Teil am helllichten Tage, so konnte der Abgeordnete Liebknecht gerade jetzt im rechten Augenblicke die geheimnisvollen Fäden der Letzteren b'öblende Lancierung von Rüstungsartikeln in die ausländische Presse und Einrichtung von Vigilationsbüros seitens der deutschen Waffenfabriken: das sind die Mittel, mittels deren den Völkern eine Rüstungslast nach der anderen aufgelagert wird.

Die Sozialdemokraten zerpfückten denn auch die Vorlagen und ihre Begründungen bis nichts mehr übrig blieb. Und als der Abgeordnete Scheidemann dem Reichstage erklärte, daß die Regierung nur deshalb so hoch zu stehen scheine, weil die bürgerliche Opposition so tief gesunken ist, so hat er sicher mehr Wählern aus der Seele gesprochen, als die bürgerlichen Parteien alle zusammen repräsentieren. Wenn auch diesmal die Reichen bluten sollen, so liegt das einzeln und allein daran, daß man einem Reichstage, der 110 wirklicher Arbeitervertreter beherbergt, eine Finanzreform, Muster 1909, nicht anzubieten wagt. ag.

Die Volksversicherung.

II.

Der kapitalistische Erwerbscharakter der Lebensversicherungs-Aktiengesellschaften.

In unserem Artikel: »Zur Entwicklung der Volksversicherung in Deutschland haben wir darauf hingewiesen, daß sich das Kapital in Deutschland erst dann für die Volksversicherung zu interessieren begann, als durch die Praxis in England feststand, daß dabei ein Geschäft zu machen sei. Nun sind leider in den veröffentlichten Übersichten über die deutschen Lebensversicherungsgesellschaften spezifizierte Angaben über die bei der Volksversicherung erzielten Überschüsse und die von diesen für Aktionärsdividenden und Tantiemen verwandten Gelder nicht enthalten. Auch die Geschäftsberichte der einzelnen Gesellschaften geben darüber keine klare Auskunft, so daß wir genötigt sind, zunächst einmal bezüglich dieser Fragen die große und die kleine Lebensversicherung zusammen zu behandeln.

Aus der in unserem ersten Artikel veröffentlichten Tabelle ist ersichtlich, daß nur ein geringer Teil des Volksversicherungsbestandes auf die Gegenseitigkeitsgesellschaften — 14% — entfällt; 86% des Geschäfts ist in den Händen von Aktiengesellschaften.

Bei den Gegenseitigkeitsgesellschaften erfolgen keine besonderen Zuwendungen an die Garantien, auch werden Tantiemen an Vorstand und Aufsichtsrat in der Regel nicht gewährt. Nur die »Iduna«, Halle, hat im Jahre 1911 112 283 Mk. an Tantiemen für ihren Vorstand und Aufsichtsrat gezahlt. Die Gegenseitigkeitsgesellschaften können deshalb, soweit die Erwerbstätigkeit bei der Lebensversicherung in Frage steht, ausscheiden.

Wir lassen deshalb nach »Wallmann's Versicherungs-Zeitschrift« eine Tabelle über die Aktiengesellschaften für das Jahr 1911 folgen:

Aktiengesellschaften	Aktienkapital		Zuwendung an die Aktionäre	Tantiemen an Vorstand u. Aufsichtsrat
	Mk.	Mk.		
Victoria	600000	420000	118000	28,1
Friedrich Wilhelm	600000	150000	57030	37,8
Wilhelma	300000	300000	109000	33,3
Deutschland	700000	175000	175000	10,0
Hamburg Mannheim	300000	75000	67500	9,0
Teutonia, Leipzig	180000	45000	85500	19,0
Urania, Dresden	300000	75000	75000	10,0
Arminia, München	600000	150000	345000	23,0
Preussische Lebensversicherung	300000	60000	120240	20,0
Vereinsbank, Düsseldorf	300000	300000	8449	0,28
Bayrische Versicherungsbank	1000000	250000	80000	32,0
Summa	5180000	2000000	4427049	22,1

Nach obiger Tabelle entfielen also auf die kapitalistischen Nutznießer beim Lebensversicherungsgeschäfte bei einer angeblichen Bareinzahlung von 20 Millionen Mark über sechs Millionen Mark. In Wirklichkeit ist aber der oben angegebene Betrag der Bareinzahlungen nicht bei allen Gesellschaften von den Aktionären, sondern zu einem großen Teil aus den Überschüssen der Versicherungen geschieden. Zum mindesten trifft dies bei der »Victoria«, zu, bei welcher nach der von uns an Hand ihrer Geschäftsberichte vorgenommenen Feststellungen die Aktionäre nur den fünften Teil des Betrags ihrer Aktien — also 600 Mk. per Aktie — bar eingezahlt haben, während die fehlenden 2400 Mk. per Aktie Jahr für Jahr aus den Überschüssen der Gesellschaft regelmäßig ergänzt wurden. Die Aktionärsdividende betrug 1911 nicht, wie oben angegeben, 28,1%, sondern sage und schreibe fünfundsiebzehn Prozent.

Nach den uns vorliegenden acht letzten Geschäftsberichten der »Victoria« wurden aus den Jahresüberschüssen gezahlt:

Jahr	Tantiemen		Zur Tilgung des von den Aktionären nicht bar eingezahlten Aktienkapitals	Dividenden an die Aktionäre		Prozente der Bareinzahlung
	an den Vorstand	an den Aufsichtsrat		im ganzen	per Aktie	
1904	335 326,30	150 000	400 000	570 000	285	47 1/2
1905	383 288,16	150 000	400 000	600 000	300	50
1906	430 186,07	150 000	400 000	630 000	315	52 1/2
1907	474 636,17	150 000	500 000	660 000	330	55
1908	521 120,06	150 000	600 000	690 000	345	57 1/2
1909	580 576,64	150 000	800 000	720 000	360	60
19 0	634 243,51	150 000	500 000	750 000	375	62 1/2
1911	694 284,30	150 000	400 000	780 000	390	65
Summa	4 053 651,21	1 200 000	4 000 000	5 400 000		

Summieren wir! In acht Jahren haben die Versicherungsnehmer bei der »Victoria« ihren kapitalistischen Nutznießern das kleine Stämmchen von 14 Millionen 653 Tausend 651 Mark und 21 Pf. bezahlt. Dazu kommen noch die hohen festen Gehälter für Generaldirektoren, Generalbevollmächtigte und sonstige Generale.

Aber — so erzählen jetzt die Agenten der »Victoria« den Leuten im Lande — »Victoria« will sich bessern; der Vertrag mit dem Herrn Generaldirektor Gerstenberg, der außer seinem Jahresgehälte von 120 000 Mk. noch 2 Proz. Tantieme vom Jahresgewinne bezog, wird nach seiner Beendigung im Jahre 1913 nicht wieder erneuert; Herr Gerstenberg scheidet als Generaldirektor aus, und die über 700 000 Mk. Tantiemensumme wird jetzt den Versicherten zugute kommen.

Abwarten! Was die Versicherten bekommen sollen, darüber entscheiden nicht die Agenten der »Victoria«, die den Wegfall der 700 000 Mk. Tantieme geschickt zur Werbung neuer Versicherungen benutzen, sondern die Aktionäre, und diese dürften, wie Figura zeigt, auch in Zukunft zunächst an ihr eigenes Portemonnaie denken.

Mit ganz besonderer »Liebenswürdigkeit« ist der Beschluß der Genossenschaften, die Volksversicherung in die Hand zu nehmen, von der Aktiengesellschaft »Friedrich Wilhelm« begrüßt worden; was sich diese Gesellschaft an Beschimpfungen und Verdächtigungen der »Volksfürsorge«, deren Einrichtungen ihr doch noch nicht einmal bekannt waren, schon im voraus in Zirkularen und in ihren Monatsblättern geleistet hat, das geht auf keine Kuhhaut.

Die »Friedrich Wilhelm« ist besonders stolz darauf, erstklassige Personen an der Spitze zu haben. Ihr Aufsichtsrat besteht aus folgenden Herren: Viktor, Herzog von Ratibor, Fürst von Corvey; Prinz zu Hohenlohe-Schillingsfürst, Vorsitzender; Moritz, Prinz zu Hohenlohe-Schillingsfürst; Franz, Prinz von Ratibor; Bogdhu, Graf von Hutten-Czapski; Günther, Graf von Pfeil auf Krelwitz; Clemens, Graf von Schönborn-Wiesentheid. — Nach dem einen Herzog, drei Prinzen, drei Grafen folgen: Georg Fromber, Kgl. Geheimler Kommerzienrat; Dr. jur. Paul Woehler, Kgl. Oberberger; Karl Helmsoth, Bankdirektor; Eugen Möschke, Rentier.

Die »Zeitschrift für Versicherungswesen« behauptet, dadurch, daß man diese »erstklassigen Personen« und die Vorstandmitglieder am Gewinn interessiere, werde eine »lieb bewußte, geordnete Verwaltung gewährleistet«.

Die Tantiemen der »Erstklassigen« betragen bei der »Friedrich Wilhelm«:

	1908	1909	1910	1911
Für den Aufsichtsrat	80 827	88 335	92 399	95 572
„ Vorstand	96 993	106 001	110 879	114 686
„ sonst. Personen	24 248	26 500	27 719	28 672

Zusammen: 202 068 220 836 230 997 238 930
Aktien hat die »Friedrich Wilhelm« 4000 Stück à 1500 Mk. = 6 000 000 Mk. Auf jede Aktie ist ein Viertel, 375 Mk., bar eingezahlt.

An Dividenden erhielten die Aktionäre:
1908 510 000 Mk. = 127,50 Mk. für jede Aktie = 34 Proz. der Bareinzahlung,
1909 540 000 Mk. = 135 Mk. für jede Aktie = 36 Proz. der Bareinzahlung,
1910 540 000 Mk. = 135 Mk. für jede Aktie = 36 Proz. der Bareinzahlung,
1911 570 000 Mk. = 140 Mk. für jede Aktie = 38 Proz. der Bareinzahlung.

Sa.: 2 160 000 Mk.

Auch bei der »Friedrich Wilhelm« lohnt sich also das Geschäft für die »erstklassigen« Personen; sie erhielten zusammen in vier Jahren 3 052 831 Mk.

Dividenden bis zu 65 Prozent, Tantiemen von enormer Höhe, man sieht, das Lebensversicherungsgeschäft ist äußerst rentabel und dabei so sicher, weil es den Schwankungen der Konjunktur nicht so unterworfen ist wie andere kapitalistische Geschäfte. Wer erst einmal in dem Netz der kapitalistischen Versicherung gefangen ist, der kann, wenn er nicht große Verluste erleiden will, nicht so leicht wieder heraus; er muß weiterzahlen, auch wenn er die Prämien sich und seiner Familie vom Munde abraden muß.

Und nun kommt die »Volksfürsorge« und will den kapitalistischen Profit bei der Volksversicherung ausschütten! Sehr begreiflich, daß die Herren darüber ungehalten sind und alle Mienen springen lassen, um sich das bisher so einträgliche Geschäft zu erhalten.

Aus dem »Konsumgenossensch. Volksblatt«.

Feigheit.

Wer als Außenstehender die Arbeiterbewegung in ihren äußeren Erscheinungen betrachtet, wird sich des Eindrucks nicht erwehren können, daß die Disziplin der organisierten Arbeiterschaft sowie ihr Mut im Kampfe durchaus anerkanntenswert sind. Das mußte ja auch der Staatssekretär von Bethmann-Hollweg im Januar 1909 zugeben, als er sagte: »Kein Gesetzgeber hätte mit der Umsicht, mit der Energie, mit dem Organisationstalent, auch nicht mit dem rücksichtslosen Draufgängertum der gewerkschaftlichen Bewegung irgendwie in Konkurrenz treten können.«

Die große Mehrheit der Arbeiter ist längst zu dieser Überzeugung gekommen. Wir dürfen das ruhig erweitern, die »Deutsche Arbeitgeberzeitung« vom 3. April 1910 schrieb:

»Man sehe der Tatsache klar ins Auge, daß fast die ganze in der deutschen Metallindustrie tätige Arbeiterschaft vom Geiste der Metallarbeiterzeitung erfüllt oder doch stark beeinflusst ist.«

Ganz recht! So ist es fast in der ganzen Industrie. Im Geiste der freien Gewerkschaften ist die deutsche Arbeiterschaft herangebildet, d. h. sie denkt und fühlt im sozialistischen Sinne.

Leider wird die Freude über diese Erkenntnis häufig demjenigen getrübt, der mitten in der gewerkschaftlichen Kleinarbeit steht. Besonders unsere Vertrauensleute haben unter dem Kleingeist allzu ängstlicher Kollegen viel zu leiden. So mancher gekündigte Vertrauensmann hat die schmerzliche Erfahrung machen müssen, daß ihn seine Kollegen, für die er häufig genug eingetreten mußte, jämmerlich im Stich ließen. Sie klammerten sich fast verzweifelt an die Ausreden und Beschuldigungen des Unternehmers, um sich vor einer klaren Stellungnahme zu drücken.

Es sind die Lauen, die Semmelweiden, die durch ihre Furcht die Haltung der andern mit beeinflussen. Diese Angsthasen wenden ihren ganzen Scharfsinn auf, um mit erheuchelten Scheingründen ihre Feigheit zu rechtfertigen. Man muß sie beobachten haben, wie sie sich winden und ducken, wie sie sich Schimpf und Spökane ohne zu muskeln bieten lassen, um zu erkennen: hier ist jede Männerwürde untergegangen! Ach, wenn die lieben Frauen oder Bräute dieser Helden mit ansehen und hören könnten, wie sich ihre sogenannten »Männer« gleich Schulbuben behandeln lassen, wo blieben dann die Illusionen von der »stolzen Männlichkeit«?

Wie mandmal haben wir mit ansehen müssen, wenn ein körperlich starker Kollege von irgend einem schmählichen Meister aus den Lumpen geschüttelt wurde. Und zwei oder drei solcher charakterlosen Wichte können mehr verderben, als ein Dutzend aufrechter Kollegen gutmachen können! Solche feigen Gesellen zu haben ist die Sehnsucht so manches Unternehmers. Und mit diesen jämmerlichen Charakteren machen sie gewerkschaftliche Bemühungen zunichte.

Wiederlich ist es, wenn sich solche Leute in Zusammenkünften als die Radikalen aufspielen, die angeblich nur deshalb nicht mitmachen wollen, weil ihnen das Vorgehen nicht scharf genug ist, wenn sie hinterhältig Sinnlosigkeiten empfehlen, in der Hoffnung, die Sache zu verschleppen oder ganz zu Falle zu bringen.

Eine lange, mühevoll Arbeit wird noch notwendig sein, um das Bewußtsein des gleichberechtigten Menschen in diesen Lauen zu wecken. Nicht alle Menschen sind Kampfnaturen. Wir sollten aber einsehen, daß die Verbesserung unserer Arbeitsbedingungen ohne die gebornen Kämpfer unendlich viel schwerer wäre. Mannhaft ist es, den Mut der Überzeugung zu haben. Den Feigen wie den Denunzianten benutzt der Unternehmer wohl, aber er verachtet ihn, genau so, wie ihn seine Kollegen verachten! Wir aber wollen uns durch unsere Gewerkschaftsorganisation nicht nur einen größeren Anteil an den Erträgen unserer Arbeit sichern, wir wollen auch die Unternehmer zwingen, in uns nicht nur Ausbeutungsobjekte, sondern gleichberechtigte Mitarbeiter zu sehen. Dazu gehören aber Männer und keine Angsthasen. ga.

Eingegangene Gelder.

Für das I. Quartal 1913 wurden folgende Beiträge an die Hauptkasse gesandt:

Aschersleben 650,00, Barmen 900,00, Bautzen II. Rate 901,75, Bietighelm 255,00, Bonn 478,89, Bramsche 180,00, Brandenburg 467,70, Braunschweig 600,00, Chemnitz 800,00, Cöln 1900,00, Crefeld 800,00, Crammischau 600,00, Danzig 650,00, Dessau 218,75, Detmold 140,00, Düren 238,85, Düsseldorf 400,00, Ebersbach 125 05, Einbeck 180,00, Erfurt 350,00, Essen 100,00, Eßlingen II. Rate 300,00, Frankfurt a. M. II 1384,39, Frankfurt a. O. 400,00, Fürth 450,00, Gladbach 100,00, Grimma 232,66, Hannover 12000,00, Harburg 243,00, Herford 100,00, Hildesheim 400,00, Hirschberg 150,00, Hof-Göhlenau 70,00, Iserlohn 400,00, Kattowitz 250,00, Kempen 50,00, Königsberg 150,00, Lübeck 500,00, Lüneburg 60,00, Magdeburg 600,00, Mühlhausen I. Eis. 337,05, München III 446,12, Niederseltz II. Rate 600,00, Nordhausen 150,00, Posen 200,00, Potsdam 169,00, Regensburg 159,74, Rheydt 400,00, Rudolstadt 5,00, Schlettau 50,00, Schwabach 181,12, Straßburg 200,00, Stuttgart II 600,00, Schweningen 140,00, Tilsit 100,00, Viersen 250,00, Wiesbaden 100,00 und Würzen 368,98 Mk. Berlin, den 19. April 1913. With. Brall.

Dem Schutze der Gesundheit der Arbeiter dienen in erster Linie weite, hohe, luftige Arbeitsräume, welche täglich naß aufgewischt werden sollen, in Schriftgießereien ist auch in jedem Fall eine künstliche Ventilation erwünscht, welche das Ansteigen der Temperatur durch den Schmelzprozeß hinanführt. Das Trockenschleifen der Typen sollte unbedingt verboten und durch das bei weitem weniger gefährliche Nachschleifen ersetzt werden. Durch die Verwendung des Gasglühlichtes und insbesondere des elektrischen Lichtes hat die künstliche Beleuchtung der Setzersäle eine wesentliche Verbesserung erfahren. Prof. Sommerfeld, der bekannte Gewerbehygieniker, bedauert, daß der Bundesrat, nicht wie ursprünglich beabsichtigt war, die obligatorische ärztliche Untersuchung der jungen Leute vor dem Eintritt in den Buchdruckerberuf angeordnet hat. Der Einwand, daß es unzulässig ist, in die freie Willensbestimmung der Eltern bezüglich der Berufswahl ihrer Kinder beschränkend einzugreifen, ist nicht stichhaltig. Die Forderung von 15 cm Luftraum für den einzelnen Arbeiter ist ziemlich niedrig, wenn die Ventilation, was in den zahlreichen kleineren und mittleren, meist auch in größeren Betrieben des Buchdruckgewerbes die Regel bildet, lediglich durch Türen und Fenster erfolgt. Dem Arbeiter muß durch die Arbeitsordnung das Tabak- und Zigarettenrauchen in den Setzersälen verboten werden, um so die willkürliche Verschlechterung der Atmungsluft zu verhindern. Alle die gesetzlichen Maßnahmen werden aber nur dann den gewünschten Erfolg haben, wenn die Angehörigen des Buchdruckgewerbes durch Selbsterziehung und erzieherischen Einfluß auf den Berufsgenossen zur Beseitigung der gesundheitlichen Gefahren beizutragen sich gewöhnen.

Die österreichische Verordnung über Buch- und Steindruckereien enthält noch die Forderung von heizbaren Wasch- und Ankleideräumen für Betriebe mit mehr als durchschnittlich 20 Arbeitern, von heizbaren Speiseräumen für Nachtbetriebe, den Ausschluß von Frauen und Jugendlichen von Arbeiten, die Vergiftungsgefahren befürchten lassen, die alte Vorschrift, bei einer Reihe von Arbeiten z. T. vom Arbeitgeber zu stellende Arbeitskleider zu tragen.

Hinsichtlich der Setzmaschinen weist vom gewerbehygienischen Standpunkt Dr. Beyer mit Recht darauf hin, daß aus den Tiegeln, in denen die geschmolzene Bietlegierung flüssig gehalten wird, Metallämpfe nicht zu befürchten sind, weil die Schmelztemperatur des Letternmetalls weit unter dessen Verdüchtigungstemperatur liegt. Nur beim Einschmelzen von mit Fett, Farbe, Schmutz usw. verunreinigtem Schriftmetall bilden sich unangenehme und belästigende Dämpfe. Dazu kommt die Luftverschlechterung und Wärmeverursachung durch die unter den Schmelztiegeln brennenden Gasflammen oder durch andere Feuerungsmaterialien. Um gegen die hieraus zu befürchtenden Gesundheitsgefahren vorzugehen, ist ein hinlänglicher Luftstrom, pro Zellenanzahl- und Gießmaschine mindestens 20 cbm, das grundsätzliche Umschmelzen des gebrauchten Materials in einwandfrei entlüfteten und abgetrennten Räumen, Verhütung des Austritts der Schmelz- und Verbrennungsgase in den Arbeitsraum durch Abfangen und einwandfreies Fortleiten und eine gute Lüftung der Arbeiterräume zu fordern. Der Einfluß der Setzmaschine auf die Tuberkulose und Nervenkrankheiten läßt sich bis jetzt nicht erkennen. An Typen- und Zellengießmaschinen sollen nur ärztlich geeignet befundene Personen unter 18 Jahren beschäftigt werden, wodurch vor allem die Einstellung tuberkulöser und tuberkuloseverdächtigter Lehrlinge verhindert werden soll.

Dr. W. Hanauer.

Unser norwegischer Bruder- verband im Jahre 1912.

Das Jahr 1912 war für den norwegischen Lithographenverband ein Jahr des Erfolges. Die Mitgliederzahl stieg von 355 am Jahresabschluss 1911 auf 420 am 31. Dezember 1912. Von 74 im Lande beschäftigten Lithographen waren 72 organisiert. Alle 74 Chemigraphen gehörten dem Verbands, an ebenso sämtliche Lichtdrucker. Von den 163 Steindruckern waren 159 Verbandsmitglieder, ferner 19 Schleifer, 11 Monteure und 88 Hilfsarbeiterinnen. Von den berufsgelernten Arbeitern sind demnach die Chemigraphen zu 100, die Lithographen und Steindruckern zu 97 Proz. organisiert.

Die Jahreseinnahmen betragen 30485 Kronen gegen 24180 Kronen im Vorjahre. Die Jahresausgaben stiegen von 17303 Kronen im Jahre 1911 auf 23972 Kronen im Berichtsjahre. Das Verbandsvermögen erhöhte sich im gleichen Zeitraum von 30397 auf 36910 Kronen. Es betrug durchschnittlich pro Kopf der Mitglieder 87,88 Kronen. — Von den Ausgaben entfielen u. a. auf Arbeitslosenunterstützung 1788, Reiseunterstützung 1087, Krankenunterstützung 3998, Arzthonorare 3437, Krankenhauskosten 587, Invaliden- und Witwenpension 550 und Sterbegeld 300 Kronen.

Im Berichtsjahr wurde eine größere Tarifbewegung geführt, die von gutem Erfolge begleitet war. Der norwegische Arbeitgeberverein, dem die Unternehmer unseres Gewerbes angehören, kündigte den Tarifvertrag für das Westland. Er forderte erhebliche Verschlechterungen der geltenden Arbeits-

bedingungen; u. a. sollte die Arbeitszeit für Lithographen auf 48 Stunden und für Drucker auf 54 Stunden erhöht werden. Durch langwierige Verhandlungen wurde schließlich eine Einigung erzielt, wobei für 175 Mitglieder eine jährliche Lohnerhöhung von 16052 Kronen erreicht wurde. Ferner wurde für 26 Lithographen die Arbeitszeit von 46 auf 44 Stunden und für 162 im Steindruck beschäftigte Personen von 54 auf 49 Stunden wöchentlich verkürzt; 272 Personen erhielten außerdem eine Arbeitszeitverkürzung von 54 auf 51 Stunden wöchentlich.

Über die Lohnverhältnisse gibt der Jahresbericht unseres norwegischen Bruderverbandes folgende Auskunft: Seit dem Jahre 1903 ist der Durchschnittslohn der Lithographen von 33,68 auf 36,75 Kronen wöchentlich gestiegen. Der durchschnittliche Wochenlohn der Chemigraphen stieg seit 1908 von 34,16 auf 35,30 Kronen. Seit 1903 stieg ferner der Durchschnittslohn der Umdrucker von 27,77 auf 32,61 und der Maschinenmeister von 25,06 auf 34,69 Kronen wöchentlich. — Die Durchschnittslöhne in der Landeshauptstadt Christiania betragen 1912 für Lithographen 41,60, Chemigraphen 35,08, Umdrucker 34,64 und Maschinenmeister 36,36 Kronen; die Löhne der Schleifer bewegten sich zwischen 18 bis 27 Kronen wöchentlich.

Im Jahre 1912 waren 22 Mitglieder zusammen 576 Tage arbeitslos. Krank waren 84 Mitglieder insgesamt 1673 Tage. Zum ersten Male erhielt der Verband im Berichtsjahre den Staatszuschuß zur Unterstützung seiner Arbeitslosen, der auf Grund des Arbeitslosenkassengesetzes vom Staate ausbezahlt wird. Der Betrag, den der Verband erhielt, betrug 506 Kronen für die Arbeitslosenkasse und 751 Kronen für die Krankenkasse.

Wir beglückwünschen unsern norwegischen Bruderverband zu seiner günstigen Vorwärtswentwicklung im Jahre 1912 und zu den erzielten Erfolgen. Möchte das laufende Jahr nicht hinter seinem Vorgänger zurückbleiben.

Ortsberichte.

Saalfeld, a. S. Anfangs April kam der Ende Februar von der Zahlstelle Wurzen i. S. ausgeschiedene Aushilfskollege Paul Schedler, aus gleichem Ort, in Saalfeld zum Vorsitzenden und sagte ihm, daß er in Nürnberg wieder dem Verbands begetreten sei, daß ihm aber bei seiner Reise über den Thüringer Wald (Sonneberg-Lauscha-Saalfeld) seine Interimskarte entweder gestohlen oder verloren gegangen sein müsse. Da er uns die intimsten und neuesten Ergebnisse aus Nürnberg erzählte, deren Richtigkeit uns kurz vorher von einem ganz gewissenhaften Kollegen bestätigt worden war, so glaubten wir dem Schedler und gaben seinem Ersuchen, ihm doch wenigstens ein »Mittelfeldblanko« auszustellen, bis er wieder eine neue Interimskarte aus Nürnberg erhalten hätte, statt. Wir erkundigten uns aber auch in Nürnberg, Coburg-Sonneberg und Leipzig, und dabei stellte es sich heraus, daß alles, was Schedler vorbrachte, Schwindel war. Solche Kollegen müssen also doch mit aufrichtigen, wirklichen Kollegen vertraulichen Verkehr haben, denn sonst hätte Schedler nicht so in die Verhältnisse eingeweiht sein können. Aber diese Aushilfskollegen mißbrauchen dann andernorts solche Dinge und appellieren an das gute Herz der Kollegen. Wir veröffentlichten diese Mitteilungen, um erneut vor Schedler zu warnen und die Kollegen gegen seine Schwindeleien zu schützen.

Der Lithograph.

Teil für die Interessen der Lithographen,
Kartographen, graphischen Zeichner u. Maler.
Redigiert von Fr. Schmetter, Hannover.

Siebenhundert Lithographen!

Daß der Lithographenberuf durch die Ausbildung der photomechanischen Verfahren immer mehr an Boden verliert, das gibt auch recht deutlich der letzte Jahresbericht unsrer Leipziger Lithographensektion zu erkennen. Nach diesem Berichte ist die Zahl der in Leipzig beschäftigten Lithographen seit dem Jahre 1909 ungefähr um 200 gesunken. Wegen mangelnder Beschäftigung mußten dort in den letzten drei Jahren über 300 Lithographen den Beruf aufgeben.

Nach einer allgemeinen Statistik unsers Hauptverbandes waren im Jahre 1908 in Leipzig 880 Lithographen beschäftigt. Diese Zahl hätte sich also seitdem ungefähr um den vierten Teil vermindert.

Dieser gewaltige Rückgang unsers Berufes, der in den letzten Jahren in Leipzig eingetreten ist, muß einen gewiß mit großer Besorgnis erfüllen. Denn man muß sich sagen, daß, wenn diese Entwicklung in dem bisherigen Tempo weiterschreitet, es schließlich dahin kommen muß, daß unser Beruf gänzlich von der Bildfläche verschwindet.

Diese betrübende Erscheinung in unserm Berufe brauchte uns nicht so sehr zu beunruhigen, wenn sie nur an einem Orte wahrzunehmen wäre; sie ist aber vielerorts schon bemerkt worden, und daraus läßt sich mit Sicherheit schließen, daß sie unsern Beruf mehr oder weniger allgemein beherrscht.

Wie auffällig sich zum Beispiel auch in Berlin ein Rückgang unsers Berufes bemerkbar macht, darauf wurde von uns schon in verschiedenen Artikeln hier hingewiesen. Wie von unserm Verbands festgestellt worden ist, mußten in Berlin ebenfalls in den letzten Jahren 400 Lithographen ihrem Berufe den Rücken kehren. Es wären demnach wegen Mangel an Beschäftigungsmöglichkeit in Berlin und Leipzig allein 700 Lithographen in wenigen Jahren gewaltsam aus ihrem Berufe hinausgestoßen worden. Im Verhältnis zur Gesamtzahl unsrer Berufsgenossen ist dies eine beträchtliche Zahl, eine Zahl, die uns wegen ihrer Größe erschrecken muß.

Das Schicksal dieser 700 Lithographen zeigt uns, wie sehr es mit unserm Berufe bergab geht, wie viel Boden ihm schon durch die Ausbildung und Ausnutzung der Photomechanik entrisen worden ist! Dabei ist gar nicht darauf zu hoffen, daß diese Entwicklung der Technik in unserm Berufe, wodurch die Handgeschicklichkeit des Lithographen unnötig wird, bald zum Stillstand komme. Es werden im Gegenteil immer verwegener Vorstöße der Photomechanik in der Verdrängung unsrer Handarbeit gemeldet. Vor kurzer Zeit wurde sogar berichtet, daß unter der Nummer 293794 in Deutschland ein photomechanisches Verfahren zur Herstellung von Chromolithographien patentamtlich geschützt worden sei, das die bisherige Handtätigkeit des Chromolithographen ganz und gar ausschaltete. Daß auf diesem Gebiete tatsächlich sehr viel für uns zu befürchten ist, das beweist ja recht augenfällig der rapide Rückgang der Zahl der beschäftigten Lithographen in einer großen hannoverschen Firma, wo die Anwendung der Photomechanik mit besonderer Liebe gepflegt wird. In dieser Firma waren vor mehreren Jahren noch über 60 Lithographen beschäftigt; heute finden wir darin keine 20 mehr tätig, obwohl sich der Steindruckereibetrieb und der Maschinenbestand der Firma ganz beträchtlich vergrößert hat. Da keine Anzeichen dafür vorhanden sind, daß in der Verdrängung der Lithographen bald ein Stillstand in dieser Firma eintrete, werden wohl auch noch von den wenigen übrig gebliebenen Kollegen verschiedene ihre »dauernden Lebensstellungen« aufgeben müssen. Auch im allgemeinen bleibt die Stadt Hannover im Niedergange unsers Berufes nicht hinter Berlin und Leipzig zurück. Die Zahl der beschäftigten Lithographen hat sich hier seit dem Jahre 1908 um ein volles Drittel vermindert. Wir können daraus die Schlüsse ziehen, daß es in den übrigen Orten Deutschlands, die für unsern Beruf von Bedeutung sind, in dieser Beziehung wohl nicht sehr viel besser bestellt sein werde.

Diese Wahrnehmung, daß Ihnen im Berufe der Boden unter den Füßen immer mehr verschwindet, daß die Sicherheit ihrer Existenz — soweit man von einer solchen überhaupt reden kann — immer mehr gefährdet wird, müßte nun alle Kollegen veranlassen, ernstlich über die Gestaltung ihrer Lebens- und Existenzverhältnisse nachzudenken! Wir dächten, die Lithographen hätten eine begründete Ursache, endlich aus ihrer beschaulichen Ruhe herauszutreten und sich mit der Frage ihrer Zukunft und der Zukunft der Lithographie eifrig zu beschäftigen und darauf zu dringen, daß vom Verbands irgend etwas Durchgreifendes zur Sicherung ihres Fortkommens unternommen werde! Die Sorge um die Existenz müßte sie doch geradezu zu solchem Vorgehen aufpeitschen!

Sicher ist, daß in unsrer Verbandspolitik in den letzten Jahren diese Entwicklung der Verhältnisse im Lithographenberufe zu wenig berücksichtigt worden ist. An die Wandlung der Technik in der Lithographie und deren Einwirkung auf die Gestaltung unsrer Arbeits- und Existenzbedingungen ist bei der Behandlung wichtiger Fragen mit dem Schutzverbande wenig gedacht worden. Hinzu kommt, daß der Schutzverband in der Auslegung seiner eingegangenen Verpflichtungen eine solche kühne Verdrehungskunst entwickelt, zu der sich selbst die scharfsinnigste jesuitische Kasualistik noch nie hat aufschwingen können. Begriffe geradezu auf den Kopf zu stellen, dieses Kunststück fertig zu bringen, blieb unserm Schutzverbande vorbehalten.

Da sich die Lithographie jetzt immer mehr als ein absterbendes Gewerbe enthüllt, würde es ja wohl dem Schutzverbande sehr erwünscht sein, wenn wir uns dazu verleiten ließen, gänzlich mit Still-schweigen über diese Erscheinung hinwegzugehen. Den Wünschen der Schutzverbändler nachzukommen, also der Leute, denen jedes soziale Pflichtgefühl abgeht, denen es ganz gleich ist, ob sie bei der Füllung ihrer Geldsäckle Tausende um ihre Lebenshoffnungen betrügen und um ihr Fortkommen in ihrem erlernten Berufe bringen, kann aber nicht unsere Aufgabe sein. Das Schicksal der siebenhundert in Berlin und Leipzig in den letzten Jahren aus dem Berufe hinausge-

stoßen Lithographen gemahnt uns, uns um unsere gefährdete Existenz zu kümmern und für ihre Sicherung Sorge zu tragen!

Wir werden uns vor allen Dingen auf unserer nächsten Lithographenkonferenz und unserer nächsten Generalversammlung eingehend mit der Wandlung der Technik in der Lithographie und den durch diese Wandlung herbeigeführten Änderungen in unsern Arbeits- und Existenzverhältnissen zu befassen haben. (Die eingehende Behandlung der technischen Entwicklung in unserm Gewerbe auf der Stuttgarter Generalversammlung und den damit verbundenen Branchenkonferenzen haben Hauptvorstand und Ausschuß bei der Aufstellung der Tagesordnung bereits vorgesehen. D. Red. d. »Gr. Pr.«) Haben wir erst in dieser Frage bei allen Kollegen vollständig Klarheit geschafft, dann werden wir auch den rechten Weg finden, den wir zu begehen haben, um einen weiteren Abstoß von Arbeitskräften in unserm Berufe vorzubeugen!

Von der Konkurrenz der graphischen Zeichner.

Ohne Reklame ist es heute kaum noch möglich, einen Erfolg zu erzielen. Die bloße Tüchtigkeit, die hervorragendsten Leistungen bringen in unserer Zeit keinen Schritt vorwärts, wenn nicht eine mehr oder weniger umfangreiche Reklame ihre Schuldigkeit tut. Wie im Geschäftsleben, so ist es auch in der Kunst, ja auf allen Gebieten des Kulturlebens. Der Künstler braucht z. B. die Reklame ebenso gut wie der Geschäftsmann, wenn auch die zur Reklame angewandten Mittel verschiedenartige sind. Niemand wundert sich, wenn ein Maler oder Zeichner sein Talent im Dienste der Reklame »ausschlachtet«, und die Vorurteilslosigkeit, die in diesem Punkte besteht, kommt der Industrie reichlich zugute, denn sie hilft ihr beim Absatz der Waren ganz gewaltig. Außerdem wird auch durch die neuere Reklame die Kunst ins Volk getragen. Die Anschlagssäulen sind die Gemäldegalerien der Straße und sie werden ebenso wie die Spalten der Zeitungen an einem Tage von mehr Menschen aufmerksam betrachtet als die Museen in einem Jahre. Was sonst der Kunst nicht erlaubt wäre, ist der Reklame gestattet und es ist daher kein Wunder, daß sich außerordentlich viele Menschen berufen fühlen, als Reklamezeichner tätig zu sein. Allerdings ist auch auf diesem Gebiete die selbständige künstlerische Produktion erheblich eingeschränkt worden zugunsten des Massen-, des Fabrikbetriebes. Sehr viele der zugkräftigen Reklamezeichnungen, die den Namen bekannter Künstler aufweisen, sind in deren Ateliers von Angestellten geschaffen worden, die mit einer relativ minimalen Entlohnung zufrieden sein mußten. Denn daß die Lage dieser Zeichner keineswegs günstig ist, wurde erst kürzlich in einer Berliner Versammlung der graphischen Zeichner recht drastisch auseinandergesetzt.

Auch aus Kreisen, die nicht darauf angewiesen sind, sich mit dem Zeichenstifte den Lebensunterhalt zu verdienen, wird den Reklamezeichnern häufig Konkurrenz gemacht. Es ist nämlich die Meinung verbreitet, daß jeder, der im kaufmännischen Leben steht und einmal in der Klippschule Zeichenunterricht gehabt hat, nun auch in der Lage sei, als Reklamezeichner tätig zu sein. Aber genau so wenig wie jemand, der in der Schule schreiben gelernt hat, imstande ist, einen guten, wirkungsvollen Prospekt zu schreiben, ebensowenig kann ein jeder gute Kilscheezeichnungen herstellen, der zeichnen gelernt hat. Und doch wird diese Arbeit insbesondere den Reklamedirektoren der kaufmännischen Betriebe zugemutet. In einem sehr beachtenswerten Aufsatz »Reklamedirektor und Kilscheezeichner« hat Hermann Grubert erst kürzlich in den »Mitteilungen des Vereins deutscher Reklamedirektoren« auf die sich immer wiederholenden Inserate hingewiesen: »Reklamedirektor gesucht, der hervorragender Kilscheezeichner ist«. Leider gibt es, wie Grubert auführt, Reklamedirektoren, die diesen Anforderungen »weitestgehend« entsprechen, bis dann ihre zeichnerischen Leistungen beweisen, daß sie weder künstlerischen Ansprüchen genügen noch irgend welche Reklame-wirksamkeit haben. Grubert schreibt hierzu:

»Jedem Einsichtigen muß klar sein, daß ein guter Reklame-Künstler voll und ganz in Anspruch genommen ist, wenn er auf seinem Gebiete erfolgreich leisten will. Ähnlich ist es mit dem Reklame-beamten, der den vielseitigen Aufgaben seines Berufs gerecht werden will, die er unbedingt vernachlässigen muß, wenn er Extratouren tanzt, wie es bei Anfertigung von Reklame- und Kilschee-Zeichnungen der Fall ist. Die Arbeit des Reklamedirektors ist zunächst erledigt, wenn er Zeichnungen benötigt und seine Ideen und Intentionen einem guten Reklame-Künstler mitgeteilt hat. Er hüte sich davor, allzu schablonenhafte Ausführung seiner Anregungen zu fordern, die ein wirklicher Künstler gar nicht bis zum i-Tüpfelchen durchführen würde und die der Sache wenig dienlich sind. Er vergesse nicht, daß der Andere seiner Angelegenheit stets eine größere Objektivität entgegenbringen muß, als er sie jemals erlangen kann. Hierfür sind gerade die Schöpfungen unserer Kilschee-

Zeichner Beweis genug, die eben immer die allzu persönliche Auffassung verraten und darum so wenig in der Lage sind, Wirkung auszulösen. Was hier über die Objektivität den eigenen Angelegenheiten gegenüber angeführt wurde, gilt natürlich nicht nur für das Vorstehende, sondern sollte bei jeder Reklameaufnahme grundsätzlich beachtet werden.

Der Erfolg, den die Reklame erzielt, wird dann größer und nachhaltiger sein und die Reklame-Kunst damit weiter entwickelt und vertieft werden. Man mache sich einmal klar, welchen Vorteil der »Hauszeichner« bringt, als welcher der Kilschee-zeichnende Reklamedirektor anzusehen ist. Angenommen, es handelt sich um die Schaffung eines neuen Inseratstyps, der in 200 Zeitungen als Kilschee-Annonce aufgenommen werden soll. Der Reklamedirektor wird aus seiner Hauptarbeit herausgerissen, um zeichnerische Tätigkeit auszuüben. Das, was er schafft, können einmal vorausgesetzt, wird doch immer nur seine Handschrift tragen und muß einer gewissen Originalität ermangeln.

Grubert fordert daher mit Recht, daß es in Zukunft heißen möge: »Reklamedirektor und nicht Kilscheezeichner«.

Damit wäre aber auch den Reklamezeichnern gedient, deren Lage heute schon wirklich keine glänzende ist. Denn das große Publikum sieht, wie das auch auf anderen Gebieten, namentlich dem des Theaters, der Fall ist, immer nur die »Stars« und denkt nicht daran, daß es sich hierbei um die Bevorzugten handelt, deren materielle Lage nicht in Vergleich gezogen werden kann mit der Menge der Berufsgenossen, die in Frage kommen.

Fritz Hansen.

Deutscher Lithographen-Bund in Liquidation.

Abrechnung vom 1. Januar 1913 bis 1. April 1913.

Einnahmen:		ℳ	pf
Kassenbestand am 1. Januar 1913		3082	06
Summa:		3082	06
Ausgaben:		ℳ	pf
Krankengeldzuschuß 81 Tage à 1,00 Mk.	81	—	—
69 " à 0,66 "	45	54	—
12 " à 0,33 "	3	96	—
Revision des III. Quartal 1912—13	2	—	—
Verlust durch den Verkauf eines 3/2 1/2 Pfandbriefes	13	80	—
Honorar des Geschäftsführers und Porto	10	80	—
Summa	157	10	—
Kassenbestand am 31. März 1913	2924	96	—
Summa	3082	06	—

Nürnberg, den 3. April 1913

Für die Richtigkeit:

Fr. Lößlein, Geschäftsführer,
Nürnberg, Ludwig-Fuehrbach-Straße 38 II.
Beisitzer: A. Schulz. Tob. Ott.

NB. Laut Beschluß der Liquidationskommission erfolgen weitere Abrechnungen am Jahresschluß.

Die photomech. Fächer.

Teil für die Interessen der Chemigraphen, Reproduktions-Photographen, Lichtdrucker, Kupferstecher und -Drucker.

Aus den Sektionen.

Cöln a. Rh. (Chemigr.). Zur Frage der Tarifrevision nahm die hiesige Chemigraphen-Sektion in einer gutbesuchten Versammlung am 9. April Stellung. Kollege Hartmann referierte. In der Einleitung verbreitete sich der Redner über Zweck und Nutzen von Tarifverträgen im allgemeinen, und unseres Tarifes im besonderen. Dann gab der Referent einen Überblick über die Zeit von den Anfängen der Chemigraphie bis zum ersten Tarifabschluß und die Zeit während des Tarifverhältnisses. In der sehr lebhaften Diskussion wurde das Verfahren mancher Prinzipale gemischter Betriebe beleuchtet, Lehrlinge in anderen Berufen anzulernen und dann der Chemigraphie unter Anrechnung der schon absolvierten Lehr- oder Arbeits-burschenschaft zuzuführen. Gegen dieses Gebaren der Prinzipale soll energisch Front gemacht werden. Nachdem die Kollegen eingehend ihre Wünsche für die Tarifverhandlungen geltend gemacht und begründet hatten, wurde nachstehende Resolution einstimmig angenommen: »Die heutige Sektionsversammlung der Chemigraphen Cölns erachtet es im Interesse des Berufes für geboten, daß nur unter Berücksichtigung der berechtigten Wünsche der Gehilfen ein neu revidierter Tarif abgeschlossen wird. — Die neuen Druckverfahren betreffend, erklären sich die Kollegen mit der auf der Jenaer Konferenz gefaßten Resolution voll und ganz einverstanden.«

Stuttgart (Chemigr.). In zwei starkbesuchten Versammlungen nahmen die hiesigen Chemigraphen Stellung zur Tarifierneuerung. In der ersten Versammlung hielt Kollege Mutschke ein befallig auf-

genommenes Referat über die Erfahrungen mit dem alten Tarif. Ferner behandelte er noch die Frage: »Was wollen wir von einem neuen Tarif?« Die lebhafteste Diskussion erklärte sich mit den Ausführungen des Referenten einverstanden, wonach bei einer Tarifierneuerung mit Preiskonvention ganz bestimmte Garantien für ihre Einhaltung gegeben werden müssen. Allgemein war man der Ansicht, daß ein Tarif mit nur redaktionellen Änderungen für uns bedeutungslos sei. In der zweiten Versammlung referierten die Kollegen Böhme und Mutschke über unsere an den Tarifausschuß zu stellenden Forderungen. Besonders wurden die Lohnverhältnisse und das Ferienwesen eingehend behandelt. Auch in diesen Fragen stellte sich die Versammlung auf den Standpunkt der Referenten. Sie ist überzeugt davon, daß ohne eine durch greifende Regelung ein neuer Tarif keinen Fortschritt bedeuten würde. Die Kollegen werden bei der Geltendmachung der Gehilfenforderungen Mann für Mann hinter ihren Vertretern stehen.

Photogr. Mitarbeiter.

Teil für die Interessen der Porträt-Photographen. Zentralarbeitsnachweis: W. Hänlein Berlin N. 28, Anklamerstr. 27, 1.

Arbeitsnachweis der Photographen.

Mit dem 17. April ds. Js. ist durch eine Vereinbarung mit der Photographen-(Zwangs-)Innung zu Berlin ein unter der Leitung des Ausschusses für Gehilfenwesen stehender paritätischer Arbeitsnachweis in Berlin, Friedrichstraße 238, Hof links, part. errichtet worden. Durch die Vereinbarungen der Innung mit unserer Organisation sind nun unsere Kollegen verpflichtet, diesen Arbeitsnachweis zu benutzen. Für Gehilfen ist die Stellenvermittlung kostenlos. Die Geschäftsstunden sind wochentäglich von 5—7 Uhr nachmittags. Wir hoffen, daß wir durch diese Einrichtung auch unseren Kollegen eine noch schnellere Vermittlung möglich machen.

Mit kollegialem Gruß

Die Zentralkommission der Photographen.

I. A.: Wilhelm Hänlein, Berlin N. 28., Anklamerstr. 27, 1.

Die Tapetenbranche.

Teil für die Interessen der Formstecher Tapeten-, Linoleum-, Wachsdruck-, Zeug- und Seiden-Drucker. — Arbeitsnachweisführer C. Schubart, Berlin-Lichtenberg, Rittergutstr. 24.

Aus den Sektionen.

Berlin (Formst.). In unserer Mitgliederversammlung vom 12. April referierte die Genossin Reichert über das Thema: »Die politische Lage in Deutschland und die preußischen Landtagswahlen.« Ausgehend von der neuesten Wehrvorlage skizzierte sie die augenblickliche, politische Lage in Deutschland. Durch diese neuesten Ereignisse seien nun bedauerlicherweise die preußischen Landtagswahlen etwas in den Hintergrund gedrängt. Doch müsse man sich klar werden, daß es in Preußen nicht eher vorwärts gehe, ehe nicht das elende preußische Dreiklassenwahlrecht beseitigt sei — dem ja hauptsächlich der jetzige Wahlkampf gelte — und das preußische Volk eine wirkliche Volkvertretung erhalte. In diesem Zusammenhang forderte sie die Versammelten auf, in ihren Kreisen dahin zu wirken, daß jeder seine volle Schuldigkeit tue, damit das gesteckte Ziel bald erreicht werde. In der nachfolgenden Diskussion sprachen noch einige Kollegen im Sinne der Referentin. Sie forderten die Kollegen, die noch nicht politisch organisiert sind, auf, dieses unversäumt nachzuholen, um vereint mit ihren Klassengenossen wirken zu können für die endgültige Befreiung der Arbeiterklasse. Der Vorsitzende ermahnte die Kollegen, sich alle an den Maiversammlungen zu beteiligen. — Lebhaftige Klage wurde geführt, daß in Berlin die Lehrlingszuchterei einzureißen scheine. So hat z. B. die Firma Peters bei 27 Formstechern 7 Lehrlinge eingestellt. Kollege Schubart führte hierzu aus, daß sich die Zentralkommission mit dieser Sache befassen werde, denn es scheine hierin System zu liegen, da auch aus anderen Orten darüber berichtet wurde. Den Vertrauensleuten wurde aufgegeben, ein wachsames Auge zu haben, und sich nötigenfalls mit der Ortsverwaltung in Verbindung zu setzen, damit die erforderlichen Schritte unternommen werden können.

Im allgemeinen ist der Mensch ein Produkt seiner Lage, und wer ganze Klassen von Menschen wirklich ändern will, muß zuvor die Bedingungen ihrer Lage ändern, die sie eben zu dem machen, was sie sind. Ferdinand Lassalle.

Es ist Unterdrückung, wenn der eine bis zur Erschöpfung arbeitet und an allem Mangel leidet, während der andere, ohne zu arbeiten, im Überflusse schwelgt. F. N. Babaut.

